



Castrop-Rauxel
Europastadt im Grünen

Der Bürgermeister

Bereich: Unternehmenszentrale
Az:
Datum: 21.02.2017

2017/065
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	09.03.2017	

Betreff

Sachstandsbericht zur aktuellen Flüchtlingssituation

Finanzielle Auswirkungen

- ☒ keine haushaltsmäßige Berührung
- ☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Sachstandsbericht zur aktuellen Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

Kravanja
Bürgermeister

Kleff
Beigeordnete Soziales

Sachverhalt

Ausgangslage

Im Jahr 2015 sind mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Nach dem „Königsteiner Schlüssel“ muss das Land Nordrhein-Westfalen rund ein Fünftel aller Menschen, die nach Deutschland flüchten, aufnehmen. Von den Menschen, die nach NRW kommen, werden 0,39 Prozent der Stadt Castrop-Rauxel zugewiesen. Die Stadt Castrop-Rauxel hat im Jahr 2015 circa 1.000 Flüchtlinge aufgenommen.

Im vergangenen Jahr hingegen waren es bedeutend weniger Menschen, die nach Castrop-Rauxel gekommen sind, da die Plätze der Groß-Notunterkunft in Habinghorst bis zum 31. Oktober 2016 mit 100 Prozent auf die kommunale Erfüllungsquote angerechnet wurden.

Mit dem Stichtag 10. Februar 2017 leben aktuell 490 Asylbewerber in Castrop-Rauxel, davon 39 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF). Darüber hinaus leben 176 Geduldete in der Stadt.

Zusätzlich sind 149 obdachlose Personen (Wohnungssuchende) in den städtischen Unterkünften untergebracht. Davon haben 15 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Weitere Entwicklung

Die Groß-Notunterkunft in Habinghorst wurde zum 31. Oktober 2016 geschlossen. Entgegen anders lautender Aussagen der Bezirksregierung wurde die Anrechnung der Plätze bereits zum 1. November 2016 in 20-Prozent-Schritten abgeschmolzen, sodass die Stadt früher als ursprünglich geplant mit dem Wiedereinsetzen der Zuweisungen rechnet.

In diesem Jahr werden somit voraussichtlich wieder im Februar/März Zuweisungen erfolgen. Gespräche über das Wiedereinsetzen der Zuweisungen wurden mit der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg geführt. Seitens der Stadt wurde signalisiert, dass bereits frühzeitig wieder Menschen aufgenommen werden können, da die Stadt hinsichtlich der Platzkapazitäten in den bestehenden Einrichtungen sehr gut aufgestellt ist. Insgesamt stehen in den bestehenden Unterkünften aktuell rund 200 freie Plätze zur Verfügung. Darüber hinaus wurden im Pavillon auf dem Gelände der Janusz-Korczak-Gesamtschule weitere Plätze geschaffen. Zudem wird derzeit das Gebäude der ehemaligen Grundschule an der Marienburger Straße zu einer Flüchtlingsunterkunft umgebaut.

In den Gesprächen mit der Bezirksregierung Arnsberg wurde mehrfach nachdrücklich darum gebeten, dass die Zuweisungen moderat erfolgen, bedeutet: 20 bis 30 Personen pro Woche. Allerdings wurde der Stadtverwaltung bisher noch nicht mitgeteilt, wann genau die Zuweisungen wieder einsetzen und auch über die Höhe der wöchentlichen Zuweisungen liegen der Stadtverwaltung Mitte Februar noch keine Informationen vor. Ein Zielvereinbarungsgespräch steht Mitte Februar ebenfalls noch aus.

Umbau Pavillon und ehemalige Grundschule an der Marienburger Straße

Pavillon

- Kosten des Umbaus: : rd. 102.000 Euro
- Beginn des Umbaus: Dezember 2015
- Ende des Umbaus: Mai 2016
- Dauer des Umbaus: 6 Monate
- Anzahl der Plätze: regulär 59 Plätze, maximal 118 Plätze
- Fläche: EG und OG je 364,80 m² => Gesamt 729,60 m²

Der Pavillon wird voraussichtlich in den nächsten Monaten in Betrieb genommen. Wann genau dort Menschen einziehen, steht derzeit noch nicht fest und hängt von der weiteren Entwicklung ab.

Ehemalige Grundschule Marienburger Straße:

- Kosten des Umbaus: 735.000 Euro (inklusive 70.000 Euro für die bauliche Herstellung der Gemeinschaftsküchen)
- Beginn des Umbaus: Oktober 2016
- Ende des Umbaus: Juli 2017
- Dauer des Umbaus: ca. zehn Monate
- Anzahl der Plätze: regulär 54 Plätze, maximal 108 Plätze
- Fläche: EG, 1. OG und 2. OG je 709,0 m² => Gesamt 2.127,30 m²

Wechsel SGB II

Bis zum 31.12.2015: 200 Fälle (circa 260 Personen; Fall = 1,3 Personen)

Bis zum 01.08.2016: 340 Fälle (442 Personen)

Bis zum 31.12.2016: insgesamt 380 Fälle (circa 494 Personen).

Die Zahl der Fälle liegt somit unter der ursprünglichen Prognose von 20 Fällen pro Monat bis Ende 2016 (ursprüngliche Rechnung: von Ende 2015 bis August 2016 insgesamt + 140 Fälle, also: 140 : 7 Monate = 20). Hier ist zu berücksichtigen, dass die neue Wohnsitzauflage nach § 12a AufenthG zunächst implementiert werden musste, sodass es auch dadurch beim Wechsel ins SGB II zu zeitlichen Verzögerungen kam.

Prognose für 2017

Da aktuell 490 Asylsuchende in Castrop-Rauxel leben und davon auszugehen ist, dass voraussichtlich circa die Hälfte der Menschen in den SGB II-Bezug wechseln, werden vom Jobcenter auch weiterhin 20 Fälle, die pro Monat ins SGB II wechseln, prognostiziert.

Wie sich die weiteren Zuweisungen letztlich allerdings auf den Wechsel in den SGB II-Bezug auswirken, kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorausgesagt werden.

Hier ist zu berücksichtigen, dass der Wechsel ins SGB II nicht direkt mit einem Wechsel von einer städtischen Unterkunft in eine eigene Wohnung verbunden ist. Die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte werden vom Jobcenter übernommen und letztlich vom Bund erstattet.

Abschiebungen

2017: 0 (Stand 09.02.2017)

2016: 12

2015: 20

Freiwillige Ausreisen

2017: 10 (Stand 09.02.2027)

2016: 121

2015: 37

Der Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation in Castrop-Rauxel wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert und dem Rat erneut vorgelegt.